

Kämper, Heidrun; Haslinger, Peter; Raitzel, Thomas (Hrsg.): *Demokratiegeschichte als Zäsurgeschichte. Diskurse der frühen Weimarer Republik*. Göttingen: de Gruyter 2014. ISBN: 978-3-05-006527-4; 376 S.

Rezensiert von: Stefan Scholl, Historisches Seminar, Universität Siegen

Die Weimarer Republik stellt nach wie vor eines der faszinierendsten Forschungsfelder dar, das immer wieder neue Perspektiven hervorbringt. Gerade für kulturgeschichtliche Ansätze bietet die Phase der erstmaligen Verwirklichung der parlamentarischen Demokratie und der Hochzeit der Massenkultur mit den ihr inhärenten Elementen des Neuartigen wie des Überkommenen, nicht zuletzt ihrer oftmals konstatierten (bzw. hinterfragten) Krisenhaftigkeit seit längerem einen ergiebigen Boden.¹ Diskurs- bzw. im engeren Sinne sprachgeschichtliche Fragestellungen nehmen dabei breiten Raum ein, gerade weil die Weimarer Republik als prägend für Körper-, Geschlechter-, Raum- wie auch Staats- und Wirtschaftsdiskurse angesehen wird. Dass dies keineswegs bedeutet, dass die Diskursgeschichte der Weimarer Republik erschöpfend behandelt worden ist, davon zeugen zwei größere Forschungsprojekte jüngerer Zeit, die sich explizit diesem Gegenstand widmen.²

Aus einem dieser Projekte, dem von der Leibniz-Gemeinschaft von 2010 bis 2013 geförderten Verbundprojekt „Demokratiegeschichte als Zäsurgeschichte“ zwischen dem Institut für Deutsche Sprache, Mannheim, dem Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin, und dem Herder Institut für historische Ostmitteleuropaforschung, Marburg, ist der vorliegende Sammelband hervorgegangen. Neben den Mitgliedern des Verbundprojekts, die knapp die Hälfte der zwölf Beiträge stellen, wurden Aufsätze von Vertreter/innen aus der Geschichtswissenschaft und der Linguistik aufgenommen. Dabei folgt der Aufbau des Bandes der Aufteilung in projektinterne und -externe Beiträge, worunter die Kohärenz des Bandes bisweilen leidet. Dennoch lassen sich mit dem Fokus auf den Demokratie- und den Volksbegriff mit jeweils drei Beiträgen durchaus zwei inhaltli-

che Schwerpunktsetzungen erkennen.

Wie die Herausgeber/innen in ihrem kurzen Vorwort ausführen, folgt das Projekt der Annahme, dass dem Übergang von der Kaiserzeit zur parlamentarischen Demokratie in den Jahren 1918 bis 1925 „sowohl sprach-, als auch konzept- und diskursgeschichtlich eine grundlegende Bedeutung“ zukommt (S. 7). Anvisiert ist daher eine „sprachliche[...] Demokratiegeschichte“ (S. 8). Diese Prämissen werden von Heidrun Kämper in einer kurzen Einleitung weiter ausgeführt. Allerdings bleiben einige methodisch-theoretische Fragen offen. Zum einen wird Diskurs hier explizit als sprachliches Phänomen eingeführt. Ein Diskurs definiert sich demnach über ein Thema, über das „Diskursbeteiligte“ (S. 13) entweder in gleicher Weise oder kontrovers sprechen. Dass und inwieweit sich dieses Verständnis von anderen Diskursbegriffen, etwa solchen, die sich stärker an Foucault anlehnen, unterscheidet, wird nicht weiter erörtert. Zum anderen bleibt die zentrale Kategorie der Zäsur analytisch sehr vage umrissen.³ Nicht nur ist in der Einleitung wie auch im gesamten Band des Öfteren von „Umbruch“ anstatt „Zäsur“ die Rede, auch das Verhältnis von

¹ Etwa die Beiträge in den Sammelbänden von Wolfgang Hardtwig (Hrsg.), *Ordnungen in der Krise. Zur politischen Kulturgeschichte Deutschlands, 1900–1933*, München 2007; ders. (Hrsg.), *Politische Kulturgeschichte der Zwischenkriegszeit, 1918–1939*, Göttingen 2005; Moritz Föllmer / Rüdiger Graf, *Die „Krise“ der Weimarer Republik. Zur Kritik eines Deutungsmusters*, Frankfurt am Main 2005.

² Neben dem hier besprochenen Band ist vor allem das von Martin Wengeler und Georg Stötzel geleitete Projekt zur „Diskursanalyse des öffentlichen Sprachgebrauchs in der Weimarer Republik“ zu nennen, aus dem ebenfalls jüngst zwei Bände hervorgegangen sind. Vgl. Isabelle Engelhardt / Thorsten Eitz, *Diskursgeschichte der Weimarer Republik*, 2 Bände, Hildesheim / Zürich / New York 2015. Ein kurzer Beitrag von Wengeler und Eitz ist auch im hier besprochenen Sammelband enthalten.

³ Angeboten hätte sich etwa ein Bezug auf Überlegungen von Martin Sabrow. Vgl. Martin Sabrow: *Zäsuren in der Zeitgeschichte*, in: Frank Bösch / Jürgen Danyel (Hrsg.), *Zeitgeschichte – Konzepte und Methoden*, Göttingen 2012, S. 109–131. An anderer Stelle hat Heidrun Kämper ihre Überlegungen allerdings detaillierter ausgeführt, vgl. Heidrun Kämper, *Sprachgeschichte – Zeitgeschichte – Umbruchsgeschichte. Sprache im 20. Jahrhundert und ihre Erforschung*, in: Dies. / Ludwig M. Eichinger (Hrsg.): *Sprache – Kognition – Kultur. Sprache zwischen mentaler Struktur und kultureller Prägung*, Berlin / New York 2008, S. 198–224.

gesellschaftlichen und sprachlichen Veränderungen erscheint eindimensional: Es versteht sich von selbst, dass es um den „Einfluss außersprachlicher Faktoren auf die Sprachgeschichte“ gehe (S. 10), dass sich mithin Zäsuren auf der sprachlichen Ebene „manifestier[t]en“ (S. 11). Mit solchen Formulierungen beraubt sich der Ansatz teilweise seinem zugleich formulierten Impetus, die realitäts- und subjektkonstituierende Kraft sowie die Machteffekte von Diskursen hervorzuheben.

Von Heidrun Kämper stammt auch der nächste Beitrag, der durch seine Länge von knapp 80 Seiten herausragt, aber auch, weil er mit seinem Versuch, ein Panorama demokratischen Wissens in der frühen Weimarer Republik aufzuspannen, grundlegenden Charakter hat. Analytisch unterscheidet Kämper zwischen Institutionenwissen, ethischem Wissen sowie ideologiegebundenem Wissen, wobei sich die Unterscheidung nicht an spezifischen Wortschätzen festmacht, sondern an sprachpragmatischen Funktionen. Sie konzentriert sich inhaltlich einerseits auf den zentralen Demokratiebegriff selbst, andererseits auf dessen „Konzeptelemente“ ‚Freiheit‘, ‚Gerechtigkeit‘, ‚Gleichheit‘ und ‚Gleichberechtigung‘ im Sprachgebrauch der verschiedenen politischen Lager, deren sprachliche Erzeugnisse in Form von Reden, Parteiprogrammen und Zeitungsartikeln ihr als Quellenbasis dienen (allein das Quellenverzeichnis umfasst sechs Seiten!), aus der reichhaltig in Fußnoten und Text zitiert wird. Grundsätzlich wird nachdrücklich auf die (parteispezifische) Umkämpftheit des Demokratiebegriffs und seiner Konzeptelemente hingewiesen, was von Kämper neben einer beobachtbaren Übernahme ethischer Wissens Elemente in den institutionellen Status der Weimarer Reichsverfassung als zentrales Umbruchphänomen gedeutet wird: Während sich ‚extrem‘ linken (Spartakus und USPD) wie rechten (Hitler bis DVP) Positionen die Möglichkeit eröffnete, begrifflich zwischen ‚formaler‘, ‚bürgerlicher‘, ‚westlicher‘ Demokratie und ‚voller‘, ‚sozialistischer‘, ‚wahrer‘ Demokratie zu unterscheiden, sah sich die politische Mitte gezwungen, den Demokratiebegriff mit den höchsten Werten zu semantisieren und mit dem Existenztopos aufzuladen. Obwohl Kämper selbst darauf verweist, dass der De-

mokratiediskurs mit seinen Elementen bereits vor 1918 ausgeprägt war, scheint die Zäsur gleichsam überbetont: An mehreren Stellen (S. 54, S. 63, S. 83) wird explizit davon ausgegangen, dass die neue politische Kommunikationspraxis ab 1918/19 darin bestanden habe, dass um politische Leitkategorien semantisch-ideologische Kämpfe entstanden seien – ganz so, als habe es dieses Phänomen vorher nicht gegeben.

Eine ähnliche semantische Kampfsituation untersucht Jörn Retterath. Er befasst sich mit dem Ringen um den Volksbegriff in den Jahren 1918/19 im katholischen, liberalen und sozialdemokratischen Milieu. Auf der Basis der jeweiligen Parteipublizistik arbeitet er heraus, dass dem ‚Volk‘ als Legitimations- bzw. Anrufungsinstanz herausragende Bedeutung zukam, allerdings mit unterschiedlichen Bedeutungsaufloadungen: Im Weimarer Parteienspektrum der politischen ‚Mitte‘ fehlte ein Konsens über das Volksverständnis. So wurde etwa der ‚Volkswille‘, dem nach ‚Ruhe‘ und ‚Ordnung‘ verlange, während der Revolutionszeit vor allem von Liberalen und Konservativen, aber auch von Mehrheitssozialdemokraten argumentativ eingesetzt. Letztere kennzeichneten vor allem die Übergangsregierung als wahre Vertretung des ‚Volkswillens‘, schwankten dabei jedoch zwischen der alle Staatsbürger umfassenden demos-Ebene und der lediglich die minderprivilegierten Schichten ansprechenden plebs-Ebene. Aus der Aufnahme eines mehrdeutigen Volksbegriffs in die Weimarer Reichsverfassung habe sich dann in Formulierungen wie „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus“ und dem Begriff des ‚ganzen Volkes‘ Republikgegnern die Möglichkeit ergeben, holistische Volksverständnisse gegen pluralistische zu positionieren.

Als diskursive Ressource wird ‚Volk‘ auch im Beitrag von Agnes Laba untersucht. Denn bereits in der Frühphase erhielt der Ostgrenzen-Diskurs seine Prägung dadurch, dass in den Friedensverhandlungen und deren Folge von deutscher Seite in eigenwilliger Weise auf das Schlagwort des ‚Selbstbestimmungsrechts der Völker‘ rekuriert wurde: Der ‚Wille des Volkes‘ wurde herbeizitiert, um eine Ablehnung von Gebietsabtretungen im Osten zu untermauern. Letztere er-

schiene in einer „Rhetorik der Verletzung“ als ‚Raub‘, ‚Vergewaltigung‘ oder ‚blutende Wunden‘ des ‚Volkskörpers‘. Speziell im Rahmen der Volksabstimmung in Oberschlesien verdichtete sich dann das Narrativ von der ‚ungerechten Ostgrenze‘.

Melanie Seidenglanz, die jüngst ebenfalls ein Buch zum linken Verratsdiskurs in den Anfangsjahren der Weimarer Republik veröffentlicht hat⁴, widmet sich dem Abdankungsdiskurs der frühen Weimarer Republik. In einem ersten Schritt untersucht sie sehr detailliert die sprachliche Struktur der 17 Abdankungserklärungen deutscher Fürsten im November 1917. Im zweiten Teil weitet sie die Perspektive auf weitere Diskursbeteiligte (Monarchisten und Antimonarchisten) und deren Deutungen der Abdankungen aus. Dabei kommt sie letztlich zum (wenig überraschenden) Ergebnis, dass die Deutung und sprachliche Semantisierung der Abdankungen sich danach unterschied, ob der Betreffende Monarchist oder Antimonarchist war. Seine Stärken hat der Beitrag fraglos in der systematischen Herausarbeitung der tragenden Topoi (Flucht und Verrat, Freiwilligkeit und Zwang, Entsagung und Absetzung) und Metaphern (Schiffs-, Theater- und Raummethaphoriken).

Ruth Maria Mell unternimmt den Versuch, die Deutungsmuster der ‚Wende‘ und des ‚Zusammenbruchs‘ als Ausweis des Zeitbewusstseins der Diskursbeteiligten zu betrachten. Der Beitrag ist deshalb interessant, weil er dazu hätte dienen können, den Zäsurbegriff der Einleitung durch die zeitgenössische Fundierung stärker zu konturieren. Allerdings ist dies nicht sein Anspruch, sondern es werden lediglich exemplarisch eine Publikation des Zentrumspolitikers Friedrich Dessauer sowie bereits 1921 publizierte Tagebucheinträge von Philipp Scheidemann behandelt, die etwas vage als stellvertretend für ihr jeweiliges politisches Spektrum innerhalb der Weimarer Republik angenommen werden. Während Dessauers Wendebegriff tendenziell auf die Zukunft gerichtet war und darin vor allem erzieherische Komponenten hinsichtlich einer Wende im Denken der deutschen Bevölkerung enthalten waren, bezog sich Scheidemanns Begriff des ‚Zusammenbruchs‘ Mell zufolge schroffer und stärker auf die politi-

sche Dimension des Umbruchs. Methodisch wenig plausibel erscheint in ihrem Beitrag der starke Rückgriff auf Wörterbücher aus ganz unterschiedlichen Zeiten, um die Bedeutung der beiden Begriffe in ihrer Verwendung bei Dessauer und Scheidemann zu erklären.

Damit sind die Beiträge, die direkt aus dem Verbundprojekt hervorgehen, abgeschlossen und es eröffnet sich nun eine methodisch wie inhaltliche recht heterogene Riege von teilweise bereits an anderer Stelle veröffentlichten Aufsätzen. Auf einer grundlegenden anderen Ebene als alle übrigen Aufsätze liegt der Aufsatz von Marcus Müller. Gegenstand ist nämlich nicht ein Diskursstrang oder umkämpfter Begriff der Weimarer Republik, sondern Müller lotet auf einer Metaebene das Verhältnis von Sprachgeschichte, Diskursgeschichte und Realgeschichte am Beispiel der Geschichtsschreibung zur Weimarer Republik aus. In einer ersten Analyse von jeweils einem Text der drei Arten, historische Prozesse zu versprachlichen, stellt er fest, dass jenseits der erkenntnistheoretischen Rahmung weitgehende gestalterische Parallelen zu beobachten sind, die darauf hinauslaufen, ein ‚unproblematisches‘ Verhältnis von Untersuchungssprache, untersuchter Sprache und sprachlich repräsentierten Sachverhalten anzunehmen. Unter Rückgriff auf den epistemologischen Begriff der ‚Spur‘ weist Müller darauf hin, dass es nicht (nur) darauf ankomme, zu untersuchen, was sprachliche Zeichen symbolisch bedeuten, sondern den Fokus auf die Gebrauchskontexte und sozialen Praktiken zu legen, auf die sprachliche Zeichen verweisen. In seiner Skizze einer historischen Forschung als „Spurensuche“ landet Müller dann letztlich wieder bei einer reflektierten Diskursgeschichte, die gleichermaßen „die Sinnkonstitution von Zeichengefügen und deren Verstrickung in leibliche Praktiken“ (S. 233) zum Thema habe.

Inhaltlich ist der Bezug zum thematischen Fokus des Bandes klar erkennbar in den Beiträgen von Kathrin Groh zum Demokratiekonzept führender deutscher Staatsrechtler, Anja Lobenstein-Reichmanns Analyse des

⁴Vgl. Melanie Seidenglanz, *Wer hat uns verraten? Zur sprachlichen Konstruktion des Verratsdiskurses im linken Parteienspektrum der frühen Weimarer Republik*, Bremen 2014.

völkischen Demokratiebegriffs oder Martin Geyers elegant geschriebener Abhandlung über Korruptionsdebatten am Beispiel des ‚Falls Sklarz‘. Bei den für sich äußerst lesenswerten Aufsätzen Michael Fahlbuschs zur deutsch-völkischen Bewegung sowie Stefan Engelbergs zu sprachpolitischen Argumentationen im deutschen Kolonialkontext ist indes nur schwer zu erkennen, worin die Bezüge zur sprachlichen Demokratiegeschichte der Weimarer Frühzeit liegen, da der zeitliche Fokus von der Konzentration auf die Jahre 1918 bis 1925 entscheidend abweicht. Generell lassen die Beiträge in der zweiten Hälfte einen expliziten Bezug auf das Programm einer „Demokratiegeschichte als Zäsurgeschichte“ vermissen. Auch die sprachanalytische Schwerpunktsetzung wird unterschiedlich intensiv ausgeführt.

Damit sind einige Kritikpunkte an der Zusammenstellung des vorliegenden Bandes benannt, die es letztlich nicht ermöglichen, dass die heuristische Tragweite einer „Demokratiegeschichte als Zäsurgeschichte“ bzw. einer „sprachlichen Demokratiegeschichte“ wirklich ausgemessen wird. Seine Stärken hat der Sammelband zweifellos an jenen Stellen, an denen die Sprachanalyse in die Tiefe geht, wenn etwa Metaphernhaushalte, sprachliche Topoi oder spezifische Wortverbindungen in ihren sprachpragmatischen Kontexten beleuchtet werden. Hier wird tatsächlich deutlich, dass – und warum – der Analyse semantischer Kämpfe auch in gängigen Überblickswerken zur Weimarer Republik angemessener Platz eingeräumt werden sollte.

HistLit 2015-3-087 / Stefan Scholl über Kämper, Heidrun; Haslinger, Peter; Raithel, Thomas (Hrsg.): *Demokratiegeschichte als Zäsurgeschichte. Diskurse der frühen Weimarer Republik*. Göttingen 2014, in: H-Soz-Kult 06.08.2015.